



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 26144

Fax: (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 19.04.2018

Niederschrift

über die **26. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 10.04.2018, 17:00 Uhr bis Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Alexandra Gräfin von Wengersky	CDU
Frau Martina Kanis	auf Vorschlag der CDU-Fraktion
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Dr. Birgitt Killersreiter	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz Philippi	SPD
---------------------	-----

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Herr Heiko Nigmann	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Joachim Geysel	auf Vorschlag der CDU
---------------------	-----------------------

Herr Thomas Rossbach	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	Integrationsrat
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Erika Oedingen	SPD
---------------------	-----

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, eröffnet die 26. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er weist darauf hin, dass die Fachverwaltung wegen eines Termins mit der Oberbürgermeisterin zu TOP 4.3 später eintreffe und schlägt vor, dass dieser Tagesordnungspunkt daher zum Ende der Sitzung beraten wird.

Herr Eugen Litvinov wird als neues stellvertretendes Mitglied für den Integrationsrat im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verpflichtet.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

- 1.1 Jahresbericht des Ausschusses
0476/2018

2 Mündliche Information der Verwaltung über Bürgereingaben

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gemäß § 24 GO; Verbot der Nutzung von Pferden in allen Kölner Karnevalszügen zugunsten der öffentlichen Sicherheit

Vorlage ist in Bearbeitung

4.2 Bürgereingabe gemäß § 24 GO zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Köln vom 24.04.2014; Anfrage von Herrn Peter Lemke, das Mitführen von Hunden auf den städtischen Friedhöfen grundsätzlich zuzulassen
0391/2018

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO;
betr.: Antrag zur Unterstützung der Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit (AZ.:02-1600-79/17)
2528/2017

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.
AN/0520/2018

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.:Bewohnerparken in Köln-Lindenthal (Az.: 02-1600-77/17)
3036/2017

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen

1.1 Jahresbericht des Ausschusses 0476/2018

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, ergänzt zu der Vorlagennummer 1674/2017 – Fehlender Gehweg-Am Eifeltor-, dass die Fachverwaltung im Gespräch mit der Deutschen Post AG ist, allerdings bisher noch eine Rückmeldung zu den Schichtzeiten und Mitarbeiterzahlen aus Meschenich fehlt. An der Umsetzung des Beschlusses wird weiterhin gearbeitet.

Zu der Vorlagennummer 0553/017 – Beschaffung von zehn Elektrofahrzeugen für Dienstfahrten – teilt Herr Dr. Höver mit, dass die Fachverwaltung aufgrund der Wichtigkeit des Themas die Idee der Bürgereingabe in einem größeren Gesamtzusammenhang weiterfolgen möchte. Daher kann die Umsetzung nicht kurzfristig erfolgen. Dafür wird jedoch eine größere Nachhaltigkeit der Maßnahme ermöglicht.

Herr Schneider, SPD, entgegnet, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden genau das Gegenteil beabsichtigt hat und ein kurzfristiges Pilotprojekt am Ottmar-Pohl-Platz beschlossen hat und nicht ein langwieriges Verfahren. Hierüber sei die Fachverwaltung zu informieren.

Ausschussvorsitzender Herr Thelen führt zum Jahresbericht aus, dass ca. die Hälfte der Bürgereingaben vom Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ganz oder teilweise übernommen und beschlossen wurden, aufgeteilt in 60 % Anregungen und 40 % Beschwerden. Dies sei ein gutes Zeichen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv ihre Stadt mitgestalten können.

2 Mündliche Information der Verwaltung über Bürgereingaben

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gemäß § 24 GO; Verbot der Nutzung von Pferden in allen Kölner Karnevalszügen zugunsten der öffentlichen Sicherheit

Vorlage ist in Bearbeitung

4.2 Bürgereingabe gemäß § 24 GO zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Köln vom 24.04.2014; Anfrage von Herrn Peter Lemke, das Mitfüh-

ren von Hunden auf den städtischen Friedhöfen grundsätzlich zuzulassen
0391/2018

Der Petent erläutert zu seiner Bürgereingabe, dass ihm in Köln die Verbotsschilder für Hunde auf den Friedhöfen aufgefallen sind, wogegen er in Münster die Erfahrung machte, dass ein Hund mit auf den Friedhof genommen werden darf. Er sieht – aus persönlicher Erfahrung - den Hund auch als Beistand der Trauernden, die sich dann ggf. sicherer und nicht so alleine fühlen. Er geht davon aus, dass sich dennoch die Hundebesitzer der Würde des Ortes bewusst sind.

Herr Kaune, Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, führt aus, dass der Ausschuss für Umwelt und Grün sowie der Rat in 2014 die derzeit gültige Gebührensatzung für Friedhöfe beschlossen haben. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde insbesondere im Ausschuss für Umwelt und Grün intensiv über diese Thematik sowie die Erlaubnis von Fahrrädern auf Friedhöfen diskutiert. Während das Radfahren auf Friedhöfen zugelassen wurde, wurde das Mitführen von Hunde auf Friedhöfen nicht befürwortet. Aus der Erfahrung berichtet Herr Kaune, dass es immer wieder passiert, dass Hunde trotz des Verbotes auf Friedhöfe mitgenommen werden und sich andere Friedhofsbesucher über Hinterlassenschaften der Hunde auf Gräbern beschweren. Die Mehrheit der Friedhofsbesucher sei gegen Hunde auf Friedhöfen. In Köln gibt es 40 Hundefreilaufflächen, die zum Auslauf der Hunde genutzt werden können.

Herr Schneider, SPD, findet die Idee des Petenten nicht schlimm und sieht keinen Pietätsverlust darin, Hunde mit auf Friedhöfe zu nehmen, wenn es eine Anleinpflcht und Hundekottüten gebe. Führungen auf Friedhöfen sind seiner Auffassung nach bedenklicher, weil sie der Würde des Ortes nicht gerecht werden und die Stadt Köln noch Geld damit verdiene. Er stellt den Änderungsantrag, einen Pilotversuch mit strenger Leinenpflicht und Hundekottüten durchzuführen.

Herr Pohl, CDU, kann der Eingabe nicht zustimmen. Er ergänzt, dass es insbesondere oft ältere Menschen sind, die durch große Hunde verängstigt werden. Im Ausschuss für Umwelt und Grün sei die Thematik hinreichend diskutiert worden, daher solle man es so belassen, wie es zurzeit ist.

Herr Horn, Grüne, weist auf die besondere Bedeutung der Friedhöfe als Kulturgut hin. Gerade am Beispiel des Melatenfriedhofs könne man sehen wie mit der Kultur umgegangen werde, daher seien Führungen auf einem Friedhof nicht verwerflich. Das Argument, dass Ältere nicht gerne alleine auf den Friedhof zum Grab ihrer Verstorbenen gehen, sei nachvollziehbar, doch müssten auch die Interessen der anderen Friedhofsbesucher beachtet und abgewägt werden. Zudem müsse das Amt für öffentliche Ordnung zusätzlich zu den vielfältigen anderen Aufgaben dann noch die Kontrolle der Leinpflcht übernehmen.

Frau Akbayir, Linke, erklärt, dass dies ein sensibles Thema für ältere Menschen sei und stellt den Änderungsantrag, dass für Senioren eine Ausnahmeregelung geschaffen würde und diese Hunde auf den Friedhof mitführen dürfen.

Frau Domke, FDP, gibt zu bedenken, dass Hundebesitzer Friedhöfe wie z. B. den Nordfriedhof als Freilauffläche nutzen würden und das möchte sie nicht unterstützen.

Ausschussvorsitzender Herr Thelen berichtet von einer heutigen Beerdigung in Essen. Er habe sich in dieser Situation vorgestellt, dass Hunde dort herumlaufen und bellen. Das widerspreche der Würde des Ortes, daher spricht er sich dafür aus, die bisherigen Regelungen zu belassen.

Änderungsantrag Die Linke:

Beschlusstext:

Ausnahmeregelung für Senioren: Diese dürfen Hunde mit auf Friedhöfe nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig gegen die Stimme der Linken abgelehnt.

Änderungsantrag SPD:

Beschlusstext:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Pilotversuch durchzuführen und das Mitführen von Hunden auf Friedhöfen zu erlauben mit der Maßgabe einer strengen Leinenpflicht und der Aufstellung von Hundekottüten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und der Linken abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Er lehnt dessen Wunsch ab, das Mitführen von Hunden auf Friedhöfen zuzulassen und bestätigt die Regelung der Friedhofssatzung der Stadt Köln vom 24.04.2014, nach der das Mitführen von Hunden auf Friedhöfen nicht erlaubt ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die SPD bei Enthaltung Die Linke zugestimmt.

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO;
betr.: Antrag zur Unterstützung der Initiative der Vereinten Nationen für
die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit (AZ.:02-
1600-79/17)
2528/2017**

Ein Petent stellt die Bürgereingabe vor und fordert die Stadtverwaltung auf, sich für die Abschaffung von Atomwaffen durch die Bundesregierung zu positionieren. Er weist auf die aktuellen Gefahren atomarer Bewaffnung durch die globale Zuspitzung zwischen den Atommächten USA und Russland hin. Er bittet den Beschlussentwurf des gemeinsamen Änderungsantrages um den Abzug der in Büchel stationierten US-Atombomben zu ergänzen. Der Beschluss des Rates der Stadt Köln soll an Städtetag, Landtag und als offener Brief an die Bundesregierung geschickt werden.

Pfarrer Mörnter appelliert als weiterer Petent daran, dass es Zeit sei Atomwaffen nicht mehr als gesellschaftsfähig anzusehen. Er sieht die Zuständigkeit bei der Kommune, da diese für die kommunale Daseinsfürsorge der Bürgerinnen und Bürger zuständig sei. Atomwaffen seien ein strategisches Kalkül, doch man müsse sich darüber bewusst werden, dass Übungen stattfinden, die einen Einsatz jederzeit ermöglichen. Daher sei ein deutliches Signal an die Bundesregierung notwendig.

Herr Pohl, CDU, entgegnet, dass sich die Daseinsvorsorge der Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger aber nicht auf die Außen- und Sicherheitspolitik bezieht. Da es allerdings bereits 1984 und 1985 Beschlüsse im Stadtrat zu dieser Thematik gegeben habe, könne man auch einen erneuten Beschluss fassen. Er führt aus, dass die Atomwaffenpolitik ein hochkomplexes Schachspiel am Hochreck sei, bei dem jeder dem anderen die Chance geben müsse, noch anders reagieren zu können. Natürlich müsse man sich bewusst sein, dass man Köln mit einer atomwaffenfreien Zone nicht

im Ernstfall tatsächlich vor einem Aggressor schützen könne. Mit diesen Bemerkungen unterstütze er den gemeinsamen Änderungsantrag.

Frau Akbayir, Die Linke, begrüßt und unterstützt die Bürgereingabe. Laut der Gemeindeordnung müsse man für zukünftige Generationen handeln und daher heute die Verantwortung übernehmen. Sie bedauert, dass der Änderungswunsch der Linken, im Sinne der Bürgereingabe tätig zu werden und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, nicht in den gemeinsamen Änderungsantrag aufgenommen wurde.

Herr Schneider, SPD, rügt die Abwesenheit der Fachverwaltung zu diesem Thema. Er unterstützt die Bürgereingabe und den Wunsch an eine atomwaffenfreie Welt zu denken. Den Beschlussentwurf der Verwaltungsvorlage kann er nicht nachvollziehen und fühlt sich „veräppelt“. Die Stadt Köln sei seit 1984 Mitglied der Majors of Peace und der Rat habe 1984 schon einen entsprechenden Beschluss gefasst. Es sei nicht nachvollziehbar, warum dies heute nicht erfolgen könne.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, führt vorab für die Verwaltung aus, dass seit über 30 Jahren in den juristischen Kommentaren zur Gemeindeordnung für die Nichtzuständigkeit der Gemeinde gerade das Beispiel der atomwaffenfreien Zone angeführt wird.

Frau Killersreiter, Grüne, dankt den Petenten für den Antrag, der ihre Fraktion, die aus der Friedensbewegung entstanden sei, nochmals an die Ursprünge erinnert habe. Neben dem Umweltschutz und der Verkehrsproblematik sei auch die atomare Abrüstung ein wichtiges Thema. Es sei ein Unding, dass sich die Bundesregierung bis heute nicht an den Verhandlungen der Vereinten Nationen zur weltweiten Abschaffung von Atomwaffen beteiligt und die Stadt Köln sie dazu bewegen muss. Sie begrüßt den gemeinsamen Änderungsantrag auf Initiative der Grünen ausdrücklich und denkt, dass dies ein guter Beginn ist. Zu einer Resolution habe man sich aufgrund der von der Verwaltung dargestellten Problematik nicht entschieden.

Frau Domke, FDP, teilt mit, dass die FDP nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Herr Pohl, CDU, weist auf den Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung hin und erläutert, dass diese an einer schrittweisen Abrüstung interessiert sei.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender betont, dass man sich nicht nur mit den formalen Zuständigkeiten beschäftigen, sondern der Vernunft und den moralischen Erwägungen folgen solle.

Herr Wolf, OB Internationale Angelegenheiten, - inzwischen eingetroffen - weist darauf hin, dass Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt bereits die Auffassung der Verwaltung dargelegt habe. Die Politik sei jedoch frei in dem, was sie beschließe.

Der Petent entgegnet, dass die Abrüstungspolitik nicht funktioniert habe, wie man an den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki erkennen könne. Im Übrigen sei Köln nicht die erste Stadt, die einen solchen Beschluss fasse.

Nach Diskussion einigt man sich, dass der Rat den Beschluss zur Kenntnis erhalten soll.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden der Stadt Köln dankt den Petenten für ihre Eingabe. Die Intention des eingereichten Antrages ist auch für die Stadt Köln ein wichtiges Anliegen.

Das Engagement gegen Atomwaffen hat aufgrund der Ratsbeschlüsse vom 30.10.1984 und vom 25.04.1985 eine lange und gute Tradition.

Der Rat bekräftigt seinen Beschluss vom 30.10.1984 zur „atomwaffenfreien Zone Köln“. In diesem Ratsbeschluss heißt es: „Der Rat unterstützt die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa und nach Ächtung aller Atomwaffen ... Der Rat erklärt die Stadt Köln hiermit zur atomwaffenfreien Zone.“

Die Stadt Köln ist seit April 1985 Mitglied bei Mayors for Peace (MfP, Bürgermeister für den Frieden). Es handelt sich um eine internationale Organisation von Städten, die sich der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, verschrieben haben.

Die Mitgliedschaft bedeutet, auch die Kampagne „2020 Vision“ zu unterstützen und damit die Aufnahme von Verhandlungen zur Abschaffung von Nuklearwaffen anzustreben. Anlässlich der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Mai 2005 in New York haben die Mayors for Peace die Kampagne „2020 Vision“ ins Leben gerufen. Das Ziel der Kampagne ist die verbindliche Vereinbarung eines Zeitplans zur Abschaffung aller Atomwaffen bis 2020. Die Stadt Köln unterstützt somit schon qua langjähriger Mitgliedschaft bei Mayors for Peace die atomare Abrüstung.

Im März 2017 erklärte Oberbürgermeisterin Reker anlässlich des Starts der Kampagne „Büchel ist überall. Atom-waffenfrei jetzt!“: „Als Bürgermeisterin für den Frieden - Mayor for Peace - setze ich mich dafür ein, Atomwaffen weltweit abzuschaffen, insbesondere auch die Atombomben beim Jagdbombergeschwader 33 aus Büchel abzuführen. Massenvernichtungswaffen richten sich vor allem gegen Zivilisten, ihr Einsatz ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Daher wünsche ich den UN-Verhandlungen für ein Atomwaffenverbot, die am 27. März 2017 in New York beginnen, viel Erfolg und der Auftaktveranstaltung zu 20 Wochen Aktionspräsenz in Büchel einen guten Verlauf.“

Diese Erklärung begrüßt der Ausschuss ausdrücklich und bekräftigt erneute die Unterstützung der Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit für den Erhalt der Zivilisation und die Verbesserung menschlicher Lebensgrundlagen sowie als potentiellen Schritt zu internationaler Abrüstung und Entspannung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. Die FDP hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

**Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.
AN/0520/2018**

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Bewohnerparken in Köln-Lindenthal (Az.: 02-1600-77/17) 3036/2017

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, weist darauf hin, dass der Pilotversuch bereits am 01.03.2018 begonnen hat.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung im Sinne ihrer nachfolgenden Stellungnahme weiter zu verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

**7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des
Landes Nordrhein-Westfalen**

Thelen
Vorsitzender

Dederichs
Schriftführerin